



Bekanntmachung der Gemeinde Lindlar

Bebauungsplan Nr. 21 E – Nördliche Erweiterung Industriepark Klausse -, I. Änderung

Aufstellungsbeschluss

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss hat am 23.06.2010 den Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 21 E – Nördliche Erweiterung Industriepark Klausse - gefasst.

Der Aufstellungsbeschluss wird mit dieser Bekanntmachung gemäß § 2 Abs. 1 BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Das Bebauungsplanänderungsverfahren wird nach § 13 BauGB durchgeführt.

Der Geltungsbereich des Bauleitplanes ist in dem beigefügten Übersichtsplan kenntlich gemacht. (@ Geobasisdaten: Vermessungs- und Katasteramt Gummersbach)

Entsprechend dem Planentwurf ist beabsichtigt, die Festsetzungen zur gewerblichen, industriellen Nutzung geringfügig zu ändern. Auch die Baugrenzen sollen angepasst werden. Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes wird nach § 13 BauGB durchgeführt.

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB:

Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt durch Auslegung der Planung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

Die Auslegung des Bauleitplanes, einschließlich der Begründung, erfolgt im Fachbereich Bauen – Planen – Umwelt der Gemeinde Lindlar, 51789 Lindlar, Borromäusstraße 1, in der Zeit

vom 05.08.2010 bis einschließlich 06.09.2010

zu folgenden Zeiten:

Di., Mi. und Do.:	8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mo.:	8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Fr.:	8.00 Uhr bis 12.00 Uhr

Umweltbezogene Informationen

Umweltbezogene Informationen liegen nicht vor.

Es soll keine Umweltprüfung durchgeführt und ein Umweltbericht soll nicht erstellt werden.

Hinweise:

Auskünfte und Erläuterungen erhalten Sie im Fachbereich Bauen - Planen - Umwelt der Gemeinde Lindlar, Herr Kappe, Tel. 02266 96300,
E-Mail: Guenther.Kappe@Gemeinde-Lindlar.de, Borromäusstraße 1, 51789 Lindlar.

Während der Auslegungszeit können Stellungnahmen schriftlich an den Bürgermeister, Borromäusstraße 1, 51789 Lindlar gerichtet oder zur Niederschrift im Fachbereich Bauen – Planen – Umwelt der Gemeinde Lindlar vorgebracht werden.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

Über die Berücksichtigung der fristgerecht vorgebrachten Stellungnahmen entscheidet der Rat der Gemeinde Lindlar.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 47 Abs. 2a VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) ein Antrag vor dem Oberverwaltungsgericht (Normenkontrolle), der einen Bebauungsplan oder eine Satzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3 oder § 35 Abs. 6 BauGB zum Gegenstand hat, unzulässig ist, wenn Einwendungen nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Lindlar, den 19.07.2010

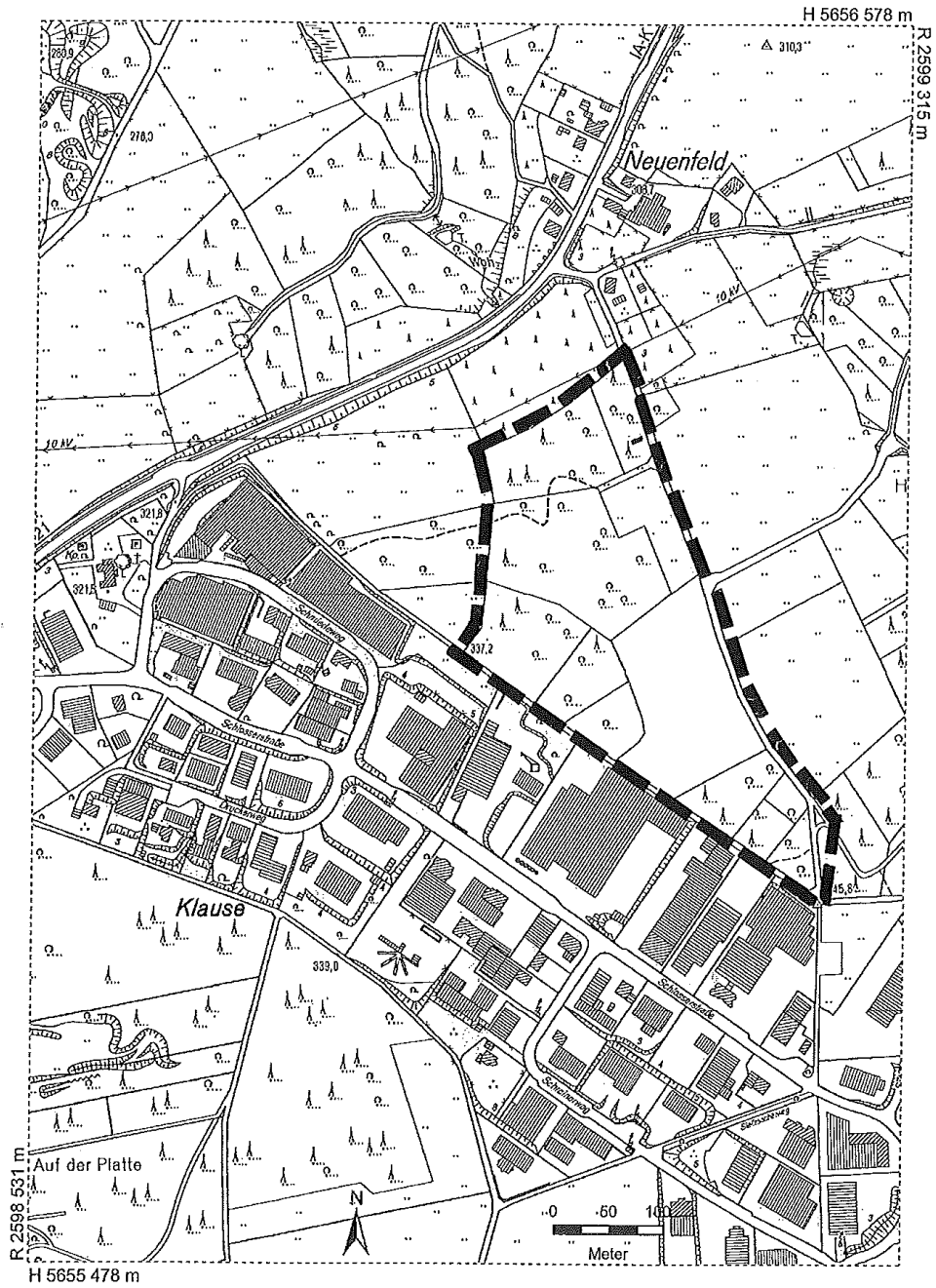
Im Auftrag

Günther Kappe

Druckansicht aus:
- RIO -

Maßstab 1 : 5000
Datum: 19.07.2010

BEBAUUNGSPLAN NR. 21 E
-Nördliche Erweiterung Industriepark
Klause-
Bereich der I.ÄNDERUNG



© Geobasisdaten: Oberbergischer Kreis, Der Landrat